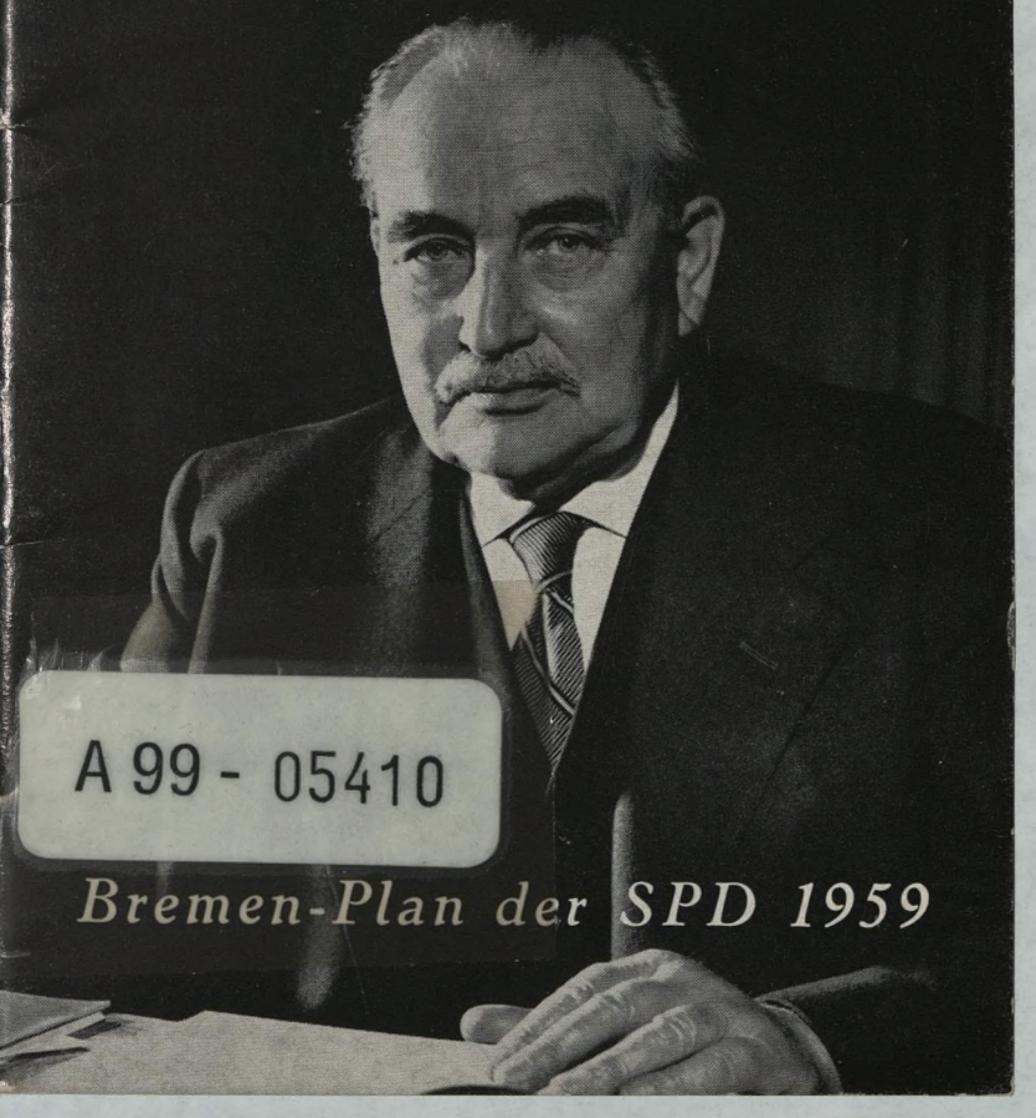


# Alles für Bremen



A 99 - 05410

*Bremen-Plan der SPD 1959*



Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gibt mit dem nachfolgenden Bremen-Plan 1959 ihren Beitrag zum Regierungsprogramm für die kommende Wahlzeit bekannt. Die SPD wird jederzeit für die Festigung der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit eintreten und für eine Zukunft Deutschlands in Frieden, Freiheit und Einheit wirken. Sie verpflichtet sich für das Land Bremen zur Durchführung des nachfolgenden Programms und wird, wenn sie erneut das Vertrauen der Bevölkerung erhält, auch weiterhin durch allseitig erkennbare Leistungen für Bremen und Bremerhaven das ihr entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen wissen.

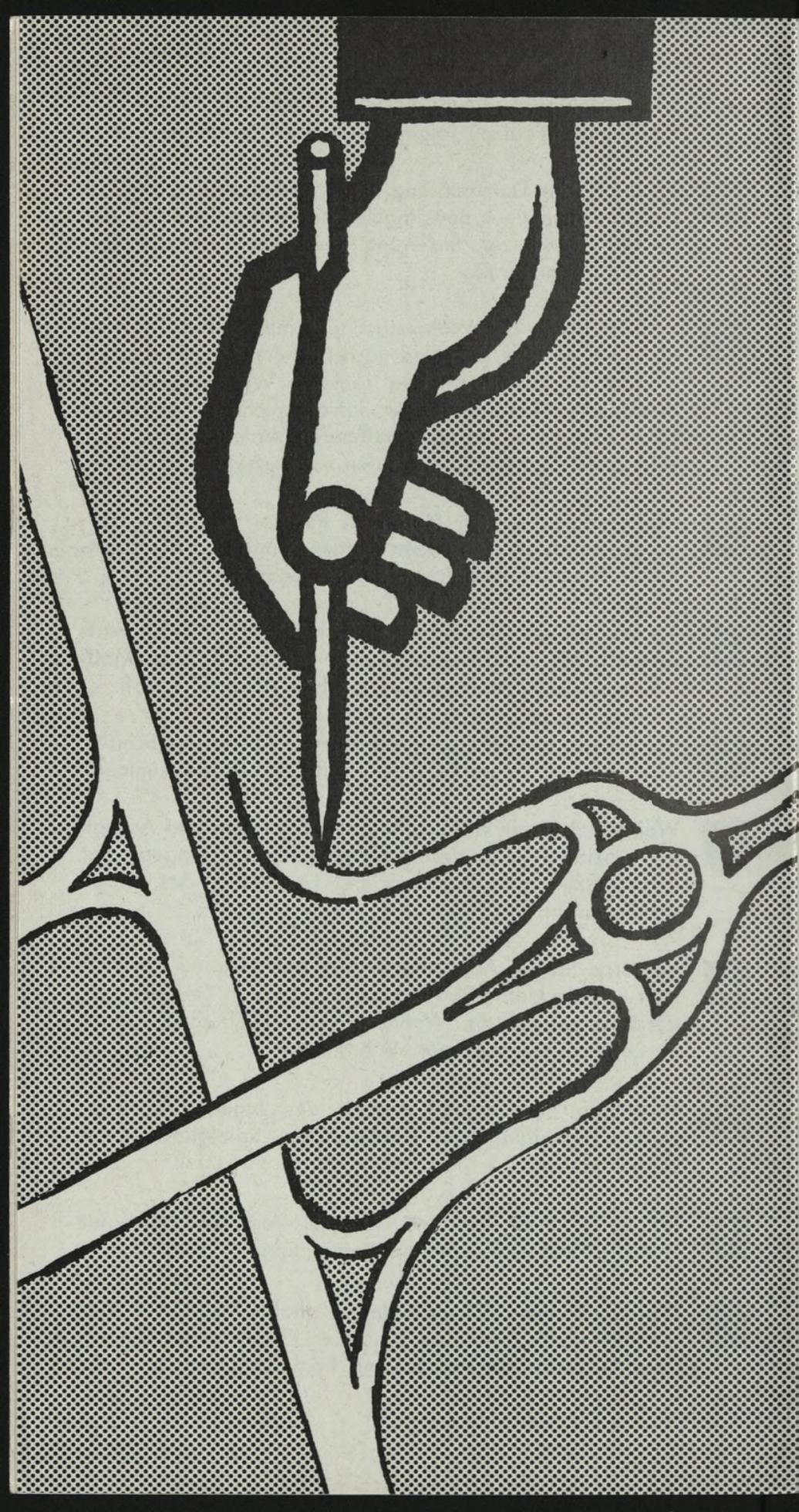


A 99 - 05410



Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt für die kommende Wahlzeit folgende Grundsätze heraus:

- 1** Vordringliche Durchführung eines umfassenden Straßenbauprogramms zur Bewältigung des ständig wachsenden Verkehrs und zur Sicherung des Menschen vor den Gefahren der Straße.
- 2** Weiterführung des Wohnungsbaues mit dem Ziel, in der nächsten Wahlperiode den noch bestehenden Wohnungsmangel zu beseitigen, den sozialen Wohnungsbau auf gesetzlicher Grundlage zu sozialgerechten Mieten zu fördern und von den zu schaffenden Wohnungen 20 Prozent jungverheirateten Eheleuten zur Verfügung zu stellen.
- 3** Weiterer Ausbau der Häfen im Rahmen des Hafenbauprogrammes, um den neuen Anforderungen an den Welthafen Bremen-Bremerhaven zu entsprechen.
- 4** Sicherung und Vermehrung der Arbeitsplätze durch Fortsetzung der Industrieansiedlung. Förderung aller Maßnahmen zur Stärkung der bremischen Wirtschaftskraft.
- 5** Vollendung des Schulbauprogrammes, Abbau des Schichtunterrichtes: „Jedem Klassenverband sein Klassenzimmer“.
- 6** Weiterer Bau von Krankenhäusern, Sicherung und Ausbau der sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen, der Sportplätze und Grünanlagen, Förderung des Kleingartenwesens.
- 7** Vorsorge für die Alten: durch Aus- und Neubau von Heimen nach modernen baulichen und sozialen Grundsätzen, durch Schaffung von Wohnanlagen für ältere Ehepaare im Rahmen geschlossener Wohngebiete.
- 8** Förderung der Jugend, Ausbau des Jugend-Erholungswerkes, Schaffung von Kindergärten, Spielplätzen und Jugendheimen.
- 9** Erhaltung, Festigkeit und weitere Verbesserung einer leistungsfähigen volksnahen Verwaltung.
- 10** Diese von der SPD geforderten Maßnahmen sind nur möglich durch Erhaltung gesunder Finanzen als Grundlage der gesamten Landes- und Kommunalpolitik.



Bremen und Bremerhaven haben neue Durchgangs- und Umgehungsstraßen gebaut. Aber der Verkehr wird schneller. Die Technik droht mächtiger als der Mensch zu werden. Die Verkehrsprobleme müssen gelöst werden, damit der Bürger auf der Straße volle Sicherheit genießt. Umfangreiche Planungen im Straßenbau werden seit Jahren ausgearbeitet. Sie sollen jetzt in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

**Vordringliche Durchführung eines umfassenden Straßenbauprogramms zur Bewältigung des ständig wachsenden Verkehrs und zur Sicherung des Menschen vor den Gefahren der Straße.**



Bremen und Bremerhaven stehen im sozialen Wohnungsbau an der Spitze aller Länder und Gemeinden im Bundesgebiet. Das Land Bremen liegt mit seiner Wohnungsbauleistung 50 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

Der Notstand ist beseitigt.

Doch gibt es noch viele Menschen, die eine Wohnung brauchen. Endlich müssen auch die Jungverheirateten besser als bisher berücksichtigt werden.

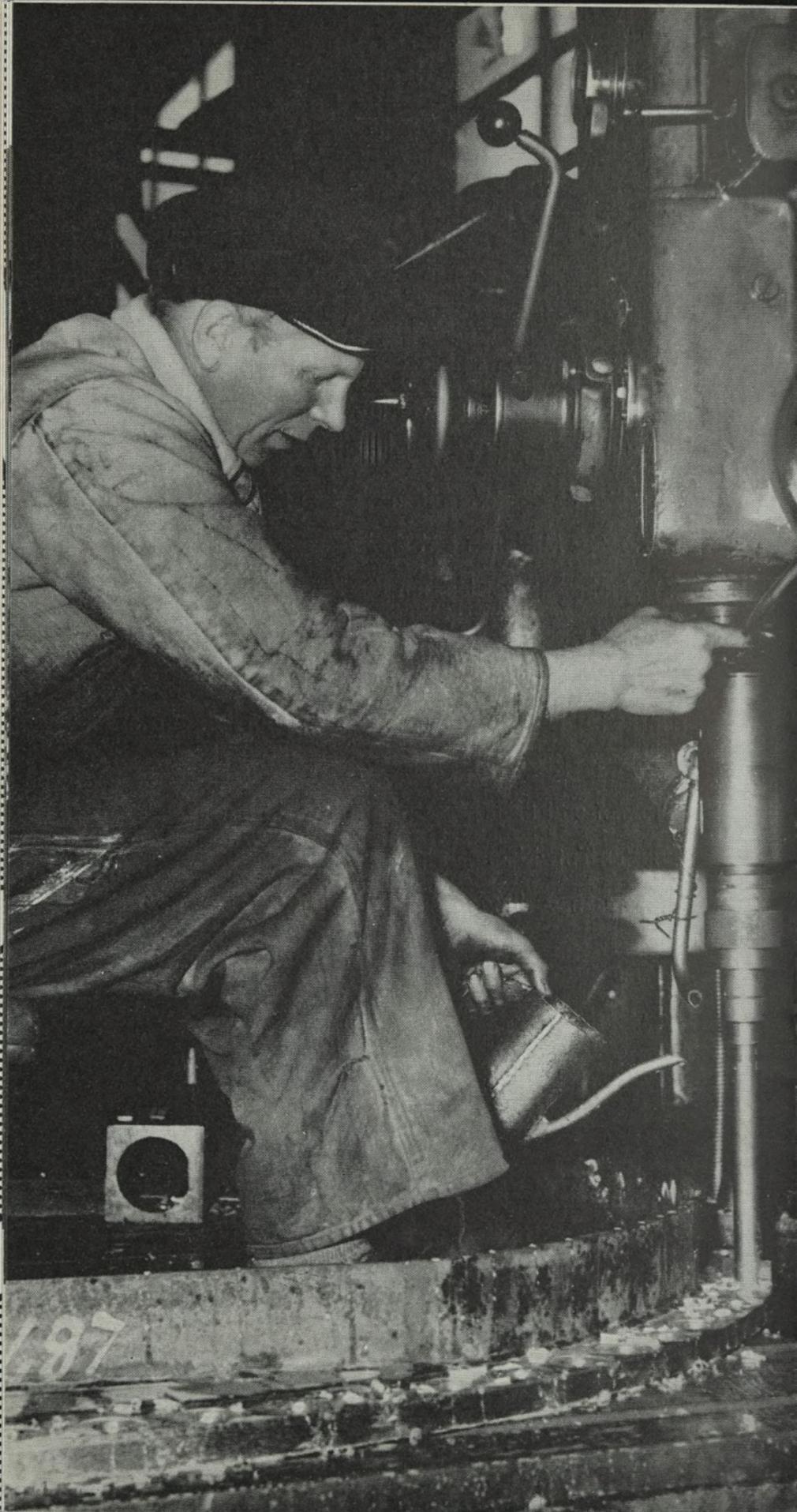
**Weiterführung des Wohnungsbaues mit dem Ziel, in der nächsten Wahlperiode den noch bestehenden Wohnungsmangel zu beseitigen, den sozialen Wohnungsbau auf gesetzlicher Grundlage zu sozial-gerechten Mieten zu fördern und von den zu schaffenden Wohnungen 20 Prozent jungverheirateten Eheleuten zur Verfügung zu stellen.**



Die Häfen in Bremen und Bremerhaven sind die Lebensadern des Landes. Es war Bürgermeister Wilhelm Kaisen, der den Wiederaufbau der Häfen und die Freigabe der Werften nach dem Kriege durchsetzte. 292 Millionen DM sind seit der Währungsreform aufgebracht worden, um die Kriegszerstörungen zu beseitigen und neue Anlagen zu schaffen. Heute liegen die Ziffern des Umschlages weit über denen der Vorkriegszeit. Die Schiffsanlandungen sind im Jahre 1958 auf 12 375 angestiegen.

Aber Bremen und Bremerhaven dürfen nicht ausruhen. Die neuesten Entwicklungen in der Schifffahrt und im Hafenwesen verlangen größte Wachsamkeit.

**Weiterer Ausbau der Häfen im Rahmen des Hafenausbauprogrammes, um den neuen Anforderungen an den Welthafen Bremen-Bremerhaven zu entsprechen.**



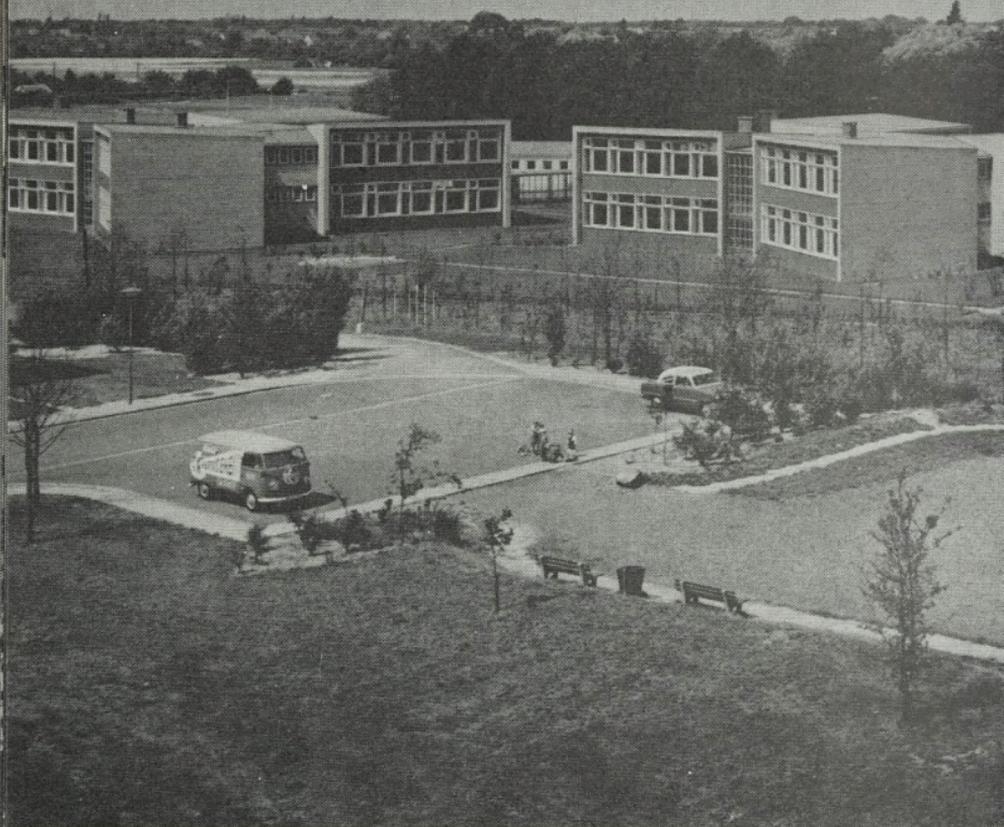
Der bremische Staat hat viele Millionen Mark aufgewendet,  
um die Ansiedlung neuer Industrien zu ermöglichen.

Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen.

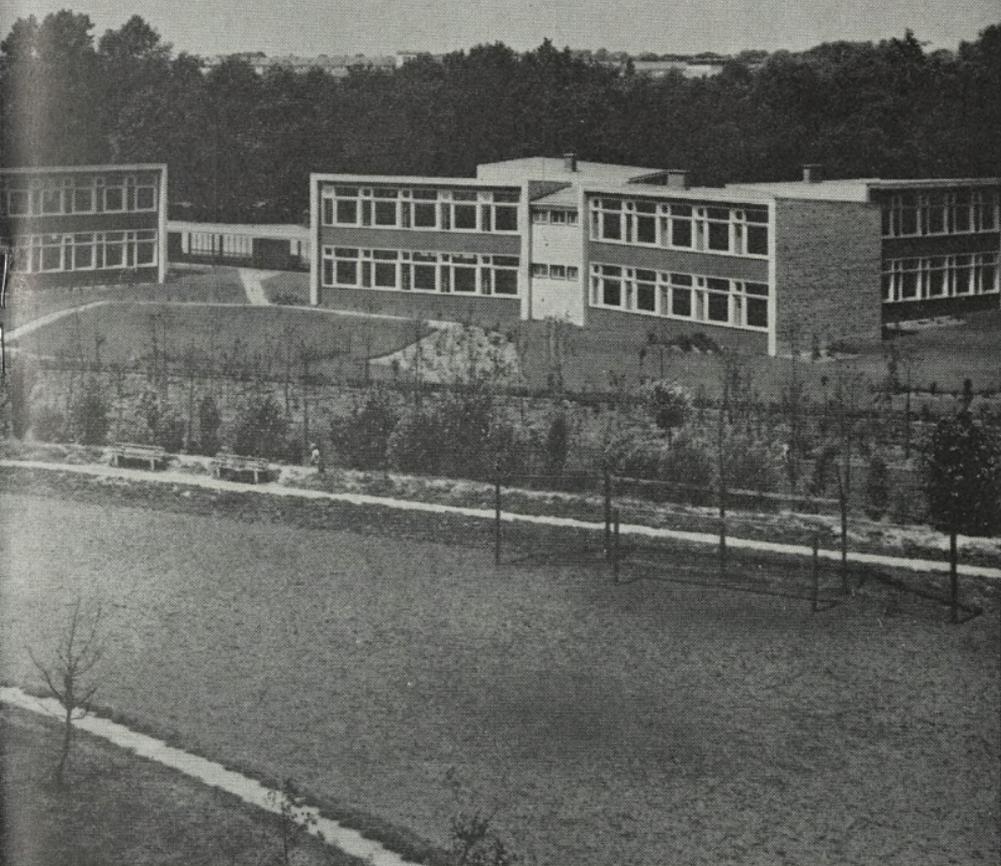
Die Wirtschaft wurde krisenfester.

Die Wirtschaftskraft Bremens ist stärker geworden.

**Sicherung und Vermehrung der Arbeitsplätze durch  
Fortsetzung der Industrieansiedlung. Förderung aller  
Maßnahmen zur Stärkung der bremischen Wirtschaftskraft.**



**Vollendung des Schulbauprogrammes,  
Abbau des Schichtunterrichts:  
„Jedem Klassenverband sein Klassenzimmer“.**



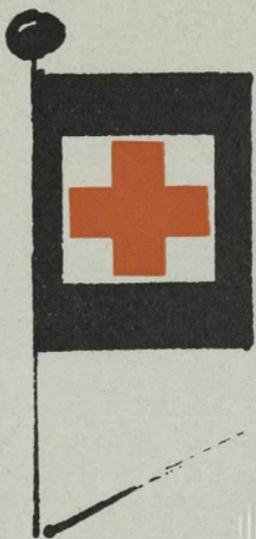
Von 1955 bis 1958 wurden in Bremen 43 Millionen DM für Schulbauten aufgebracht.

Bremen hat nach dem Kriege 364 Klassenräume mehr neugebaut, als im Kriege zerstört worden waren.

In den letzten vier Jahren sind gebaut: 334 Klassenräume, 39 Sonderunterrichtsräume, 15 Turnhallen, 16 große Gemeinschaftsräume, 44 sonstige Räume.

Das Endziel bleibt die völlige Beseitigung des Schichtunterrichts. Dazu bekennt sich auch der Bremen-Plan.

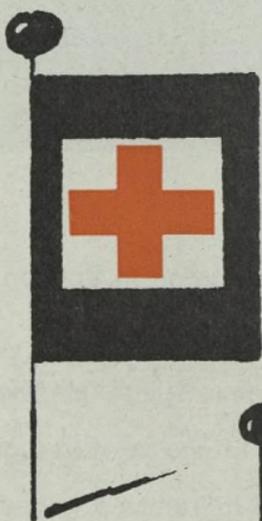
5



Blumenthal



Gröpelingen



St.-Jürgen-Straße



Sebaldsbrück

In Sebaldsbrück, in Gröpelingen und in Blumenthal entstehen gegenwärtig neue Krankenhäuser.

Auf dem Gelände der Großen Krankenanstalt an der St.-Jürgen-Straße läuft der Neubau eines Zentralgebäudes mit Chirurgie an.

Ebenso wichtig und notwendig wie die Krankenpflege sind die vorbeugenden Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung. Auch an diese Lebensforderung ist im Bremen-Plan gedacht.

**Weiterer Bau von Krankenhäusern, Sicherung und Ausbau der sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen, der Sportplätze und Grünanlagen, Förderung des Kleingartenwesens.**



Mit dem stetig anwachsenden Anteil der älteren Jahrgänge an der Gesamtbevölkerung wächst auch die Verpflichtung der Hilfe für alte Menschen. Dabei ist nicht nur an den Bau von Alters- und Alterswohnheimen zu denken – eben jetzt steht ein modernes Altersheim in der Planung –, sondern auch an Einzelwohnungen für ältere Ehepaare oder ältere, alleinstehende Mitbürger.

Der Bremen-Plan verpflichtet den Staat, diese Altershilfe umfassend und aktiv zu betreiben.

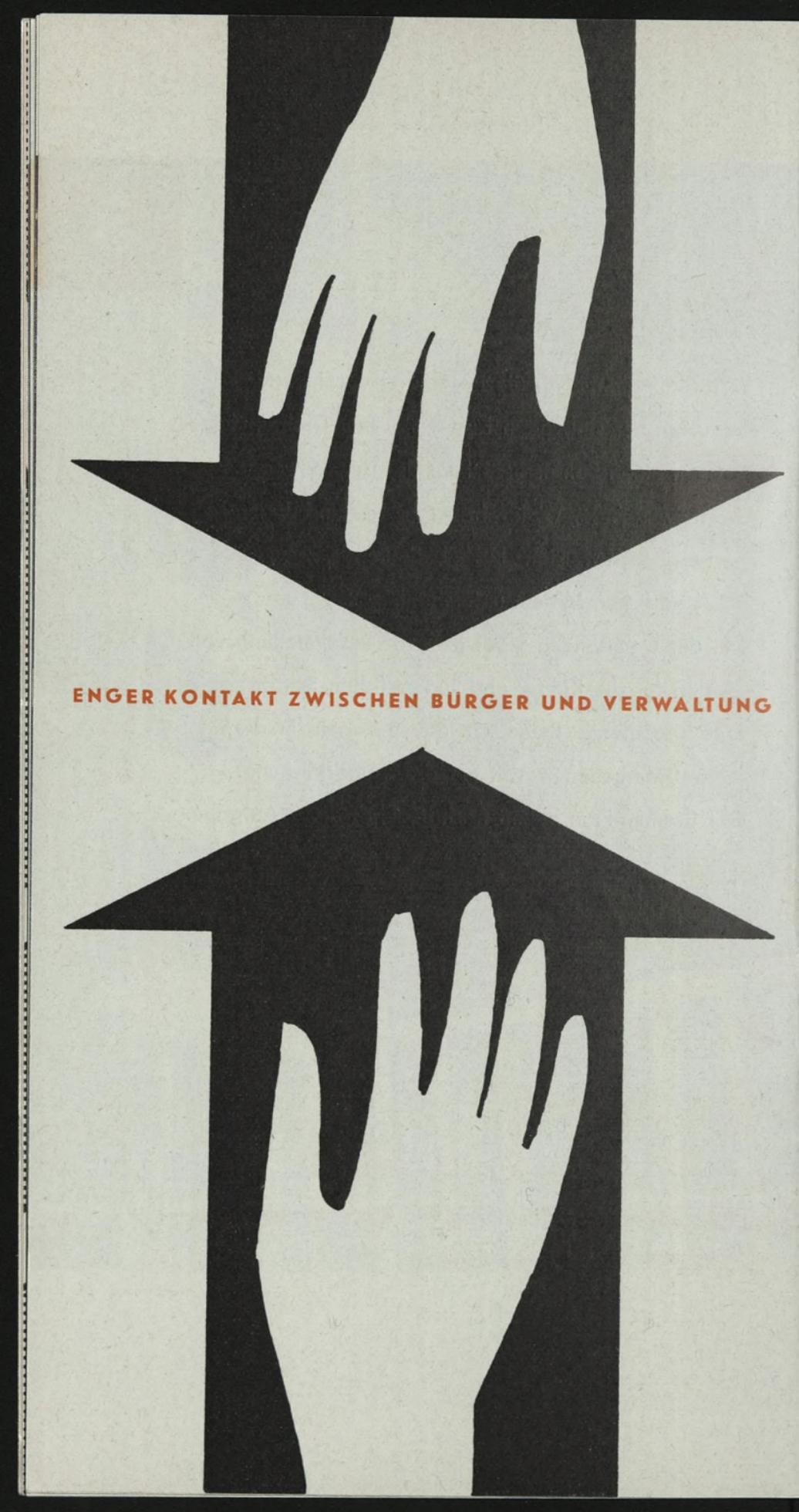
**Vorsorge für die Alten: durch Aus- und Neubau von Heimen nach modernen baulichen und sozialen Grundsätzen, durch Schaffung von Wohnanlagen für ältere Ehepaare im Rahmen geschlossener Wohngebiete.**



Alle Maßnahmen für die Förderung der Jugend bedürfen der sinnvollen Koordinierung. Deshalb hat Bremen einen Senatsressort für das Jugendwesen. Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände und Jugendherbergswerk werden durch bedeutende Zuwendungen aus staatlichen Mitteln unterstützt.

Mit der wachsenden Stadt muß die Bereitstellung von Stätten für die Kinder und Jugendlichen Schritt halten. Eine bedeutende Reihe von Bauvorhaben für die jungen Menschen wartet auf die Verwirklichung. Der Bremen-Plan bejaht nachdrücklich diese Aufgabe.

**Förderung der Jugend, Ausbau des Jugend-  
Erholungswerkes, Schaffung von Kindergärten,  
Spielplätzen und Jugendheimen.**

The image is a vertical graphic design on a light-colored background. At the top, a white hand is shown in silhouette, pointing downwards. Below it is a large, solid black downward-pointing arrow. In the center, the text "ENGER KONTAKT ZWISCHEN BÜRGER UND VERWALTUNG" is written in a bold, orange-red, sans-serif font. Below the text is a large, solid black upward-pointing arrow. At the bottom, a white hand is shown in silhouette, pointing upwards. The overall composition is symmetrical and minimalist, using high contrast between black, white, and orange-red.

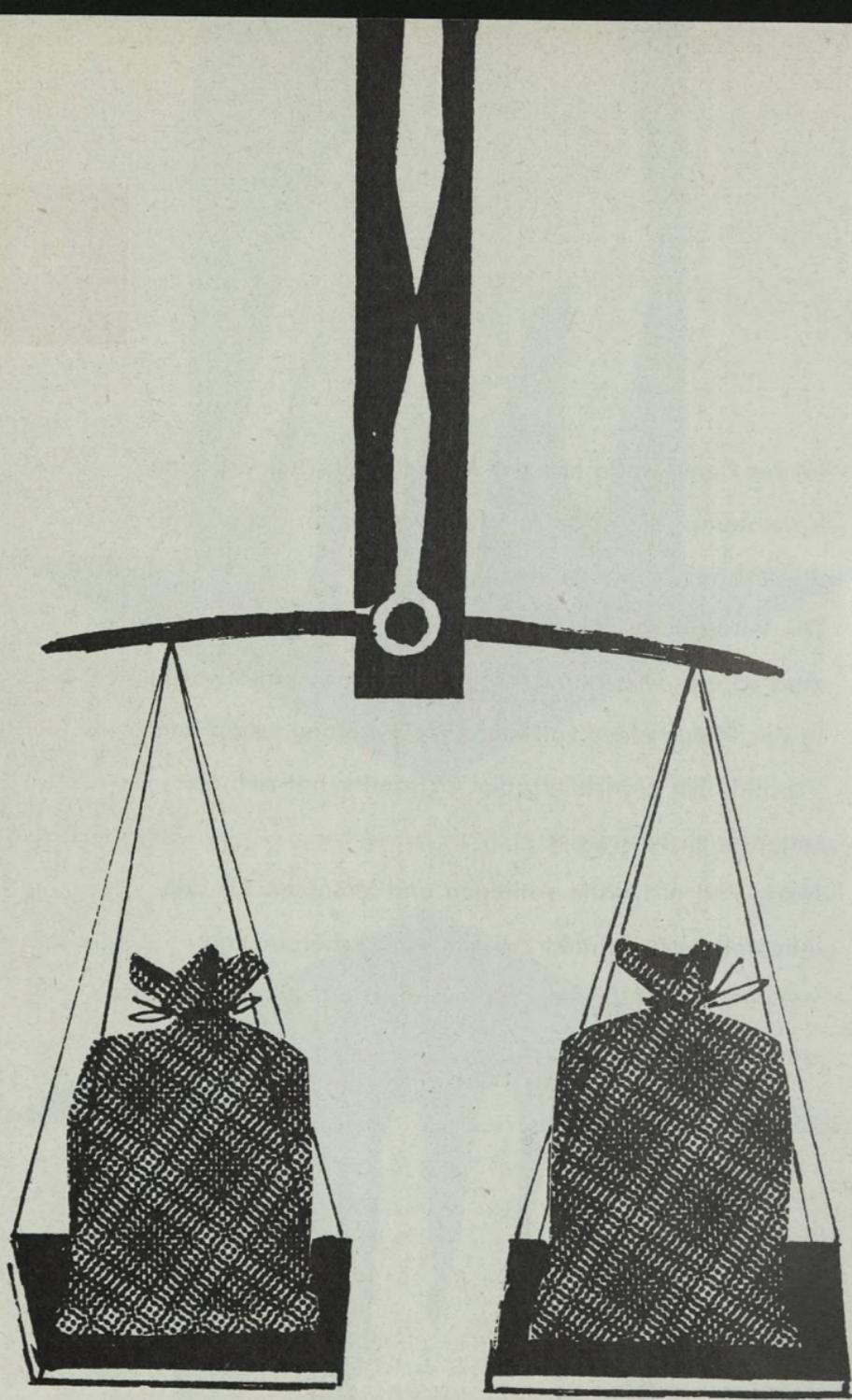
**ENGER KONTAKT ZWISCHEN BÜRGER UND VERWALTUNG**

In der Demokratie hat der Mensch Anspruch auf eine Verwaltung, die ohne Ansehen der Person dem Wohl der Gemeinschaft dient.

Die Verbindung zwischen den Bürgern und der Verwaltung muß so eng wie möglich sein. Die Hansestädte waren in der Pflege einer volksnahen Verwaltung schon immer Vorbild. Die Einrichtung der Ortsämter hat sich als segensreich ausgewirkt.

Noch sind nicht alle Anliegen und Wünsche für den unmittelbaren Kontakt zwischen Staatsbürger und Verwaltung erfüllt. Wir müssen auch auf diesem Gebiete weiterkommen.

**Erhaltung, Festigkeit und weitere Verbesserung einer leistungsfähigen volksnahen Verwaltung.**



Einnahmen

Ausgaben

Seit der Währungsreform hat das kleine Land Bremen aus Haushaltsmitteln insgesamt die gewaltige Summe von 1,2 Milliarden DM in den Wiederaufbau und Neubau Bremens und Bremerhavens fließen lassen.

Außerdem wurden im gleichen Zeitraum fast 1 Milliarde Bürgschaften (Wohnungsbau, Stadtwerke, Handelsflotte usw.) übernommen.

Trotz dieser beispiellosen Anstrengungen ist der Haushalt in Ordnung geblieben. So soll es auch weiterhin sein.

Die Ausgaben müssen im Einklang stehen mit den Einnahmen, wie in jedem privaten Haushalt.

**Diese von der SPD geforderten Maßnahmen sind nur möglich durch Erhaltung gesunder Finanzen als Grundlage der gesamten Landes- und Kommunalpolitik.**



Bibliothek der FES



1153522

